

LANDESSCHULRAT FÜR OBERÖSTERREICH, A-4010 LINZ, STEINGASSE 14

Bundesministerium für
Unterricht und Kunst

Minoritenplatz 5
1014 Wien

BUNDESGESETZENTWURF	
Zl.	-GE/19....
Datum: 18. MRZ. 1994	
18. März 1994	
Verteilt:	

Bearbeiter:
Fr. Plohberger

Tel.: 0732/7609-2115
Fax: 0732/7609-2120

DVR.: 0064351

Klausgrub

Ihr Zeichen
12.691/7-III/2/93

vom
28.12.93

Unser Zeichen
A9-27/1-94

vom
15.3.94

Stellungnahme zum Entwurf eines
Bundesgesetzes, mit dem das Schüler-
beihilfengesetz 1983 geändert wird

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Kollegium des Landesschulrates für Oberösterreich hat in der Sitzung vom 14. März 1994 folgende Stellungnahme zum obzit. Gesetzesentwurf beschlossen:

Dem Entwurf zur Änderung des Schülerbeihilfengesetzes 1983, BGBl. Nr. 455, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 186/1993, kann großteils zugestimmt werden.

Die vorgesehenen Änderungen betreffen u. a. die Anhebung der Sätze der Schul- und Heimbeihilfen, der Erhöhungsbeiträge, der besonderen Schulbeihilfe sowie eine Anpassung an das geltende Steuerrecht.

Die Gleichstellung von Flüchtlingen mit anderen Beihilfenwerbern ist begrüßenswert.

Die im § 10 der derzeit gültigen Fassung des Schülerbeihilfengesetzes genannten Ziffernbeträge sind zu valorisieren, sodaß der § 10 sinngemäß beibehalten werden kann. Insbesondere Abs. 3 sieht den Ersatz der freiwilligen Pensions- und Krankenversicherung vor. Dieser Ersatz sollte keinesfalls entfallen.

- 2 -

Nach den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes (geltende Fassung sowie Entwurf) sind auch Anträge von Schülern schwer einzuordnen, die bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung und zwei bis drei Jahre Berufstätigkeit nachweisen. Eine gesetzliche Unterhaltspflicht der Eltern ist in diesen Fällen teilweise nicht mehr gegeben und vier Jahre Selbsterhalt liegen ebenfalls nicht vor.

Nach § 12 Abs. 2 des Schülerbeihilfengesetzes 1983 ist u. a. nach vier Jahren Selbsterhalt nur mehr von den Einkommensverhältnissen des Schülers auszugehen, ansonsten ist das Einkommen der Eltern heranzuziehen. Liegen die vier Jahre Selbsterhalt nicht zur Gänze vor, kann es vorkommen, daß das Einkommen von Personen, die keine gesetzliche Unterhaltspflicht mehr haben, einer Beihilfenberechnung zugrundegelegt werden muß. Besonders schwierig ist die Erledigung eines Antrages, wenn die geschilderte Situation auf getrennt lebende Eltern zutrifft und der Vater des Schülers schon seit Jahren keinen Unterhalt mehr leisten muß.

Da das Schülerbeihilfengesetz in diesen Fällen an das Studienförderungsgesetz angeglichen ist, wäre eine Klärung für die Antragsteller angebracht, deren Eltern nicht mehr gesetzlich unterhaltspflichtig sind.

Ein weiterer Vorschlag betrifft die Änderung der Einreichfrist, die derzeit gemäß § 18 Abs. 3 Schülerbeihilfengesetz 1983 mit Ende des auf den Beginn des Unterrichtsjahres folgenden Dezember festgelegt ist.

Hier wäre aus administrativen Gründen sowie auch im Bemühen, das Schülerbeihilfengesetz an das Studienförderungsgesetz anzugleichen, eine Verlegung der Einreichfrist auf den 21. Dezember des laufenden Schuljahres sinnvoll. Die Einreichfrist würde so auch nicht zu einer Zeit enden, die in die Weihnachtsferien der Schulen fällt.

Da die Neuerlassung des Studienförderungsgesetzes (BGBl. Nr. 305/1992), die viele Änderungen mit sich brachte, große Unterschiedlichkeiten in beiden Förderungsgesetzen erkennen läßt, die nach Möglichkeit ausgeglichen werden sollten, wäre auch eine gleiche Fristsetzung für die Anträge sinnvoll. Gemäß § 39 Studienförderungsgesetz 1992 sind Anträge im Wintersemester in der Zeit vom 15. September bis 21. Dezember zu stellen.

Ansonsten kann den vorgesehenen Änderungen zugestimmt werden, da sie nicht nur einen Teuerungsausgleich bei den Beihilfen, sondern auch eine gewisse Bearbeitungsvereinfachung und damit eine schnellere Erledigung für einen Teil der Anträge ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Amtsführende Präsident
des Landesschulrates für Oberösterreich:
Dr. Riedl eh.

Zustellhinweis:

Präsidium des Nationalrates, Dr. Karl-Renner-Ring 3, 1010 Wien

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung